

*Armin HEINEN*

**„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich  
um den Schlaf gebracht“ - Nachtgedanken über deutsche (?)  
Träume und Alpträume am 9. November des 20.  
Jahrhunderts<sup>1</sup>**

**„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“ –  
Nocturnal Reflections on German (?) Dreams and Nightmares about November 9  
of the 20<sup>th</sup> Century**

In the course of the 20<sup>th</sup> century, Germany experienced four important political and social upheavals on November 9<sup>th</sup>: The Novemberrevolution in 1918, the Hitler putsch in 1923, the “Night of Broken Glass” in 1938 and the fall of the Berlin Wall in 1989. That is why prominent personalities have suggested to declare November 9<sup>th</sup> a national holiday.

The article gives an account of the respective order of events and demonstrates that November 9<sup>th</sup> is as much a German as a European day. The commemoration of November 9<sup>th</sup> divides the German society up to the present day.

On this account and because an adequate way of commemoration can no longer be prescribed in postmodern societies, the author regards November 9<sup>th</sup> to be unsuited for a national holiday. Instead of that, he suggests to commemorate November 9<sup>th</sup> as a European day in history. The consequences of intolerance in the historical context as well as the preconditions for a successful alliance of plural societies should be made an issue.

\*

### **1. Einleitung**

Als der nach Paris geflohene Heinrich Heine sein berühmtes Gedicht „Nachtgedanken“, aus dem die erste Zeile im Titel zitiert ist, verfaßte, galten die Gedanken seiner Mutter, seinen Verwandten und seinen Bekannten, die er in der Heimat zurückgelassen hatte. Manche der Freunde sollte er nie wiedersehen, weil sie inzwischen verstorben waren. „Deutschland“ dagegen, tröstete er sich, habe „ewigen Bestand. Es ist ein kerngesundes Land, mit seinen Eichen, seinen Linden, werd' ich es immer wiederfinden“. Der

---

<sup>1</sup> Vortrag aus Anlaß der Wissenschaftsnacht der RWTH Aachen, 9. November 2007.

vormärzliche jüdische Patriot hätte sein Land im 20. Jahrhundert kaum wiedergefunden, denn es war tatsächlich schwer erkrankt, war zerrissen, gespalten, brauchte viele Jahrzehnte, um wieder zu gesunden. Und wenn es denn einen einzelnen Tag gibt, der diese Geschichte der Verwerfungen, der Gewalt und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft symbolisiert, dann ist es der 9. November.

Vier Mal, so möchte ich zeigen, steht der 9. November für deutsche „Revolutionen“ im 20. Jahrhundert, 1918 (die sogenannte Novemberrevolution), 1923 (der Hitlerputsch in München), 1938 (die Reichspogromnacht) und 1989 (der Mauerfall). Immer ging es um Visionen für Deutschland, immer um Fragen von Schuld und Verantwortung. Jedes Mal reflektierte die deutsche Entwicklung, so eine

1. These europäische Ereignisse und europäische Stimmungslagen. Der deutsche 9. November ist ein Tag deutscher **und** europäischer Alpträume und Sehnsüchte. Er symbolisiert die Spaltung Europas durch Nationalismen und sozialtotalitäre Bewegungen. Zugleich vermittelt er Hoffnung in die Kraft der europäischen Wertordnung.

2. Der 9. November wurde in der Vergangenheit ganz unterschiedlich memoriert. Damit hat sein Gedenken die Spaltung vertieft. Erst die Bereitschaft, die Ambivalenz des Erinnerns an den 9. November anzuerkennen, hat ihn für ein friedliches Gedenken tauglich gemacht.

3. Nach dem Zusammenbruch der DDR haben viele einflußreiche Persönlichkeiten wie Joschka Fischer oder Ernst Benda vorgeschlagen, den 9. November zum Nationalfeiertag zu erklären. Ich werde indes vier Gründe anführen, warum der 9. November nach meiner Ansicht als Nationalfeiertag ausscheidet, und statt dessen für den 9. November als europäischen Tag der Geschichte plädieren.

Meine Nachtgedanken über deutsche Träume und Alpträume am 9. November des 20. Jahrhunderts handeln notwendigerweise von Diskursen und deren Deutungskraft, von einander widersprechenden Interpretationen und von ganz wenigen Worten, die Geschichte gemacht haben: „Republik“, „Novemberverbrecher“, „Juden“, „Freiheit“. Vier Begriffe also, die das Drama deutscher und europäischer Geschichte abbilden.

## **2. „Republik“ – Die ungewollte Revolution 1918: Nationalismus – Demokratie – Bolschewismus**

Die Geschichte des 9. November 1918 ist rasch erzählt. Der Erste Weltkrieg hatte mit der Niederlage Deutschlands geendet. Eine neue sozialdemokratisch geführte Regierung unter Friedrich Ebert versuchte das Chaos zu ordnen. Manche aber wollten eine Revolution nach sowjetischem Vorbild: So kam es zu der dramatischen Situation vom 9. November 1918.

Philipp Scheidemann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, hatte gehört, daß die Linksradiakalen unter Führung von Wilhelm Liebknecht den Umsturz planten:

"Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen," riefen ihm aufgebrauchte Begleiter zu. „Was? Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Deutschland eine russische Provinz? Eine Sowjetfiliale? Nein! Tausendmal



nein! Kein Zweifel, wer jetzt die Massen vom Schloß her bolschewistisch oder vom Reichstag zum Schloß hin sozialdemokratisch in Bewegung bringt, der hat gesiegt. Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. [...] Schon stand ich im Fenster. [...] Ich sprach nur wenige Sätze: 'Arbeiter und Soldaten! [...] Die neue Regierung darf nicht gestört werden, in ihrer Arbeit für den Frieden und der Sorge um Arbeit und Brot. Arbeiter und Soldaten, seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt: Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Alles für das Volk. Alles durch das Volk. Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt. Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue. Es lebe die deutsche Republik.'<sup>2</sup>

Zwei Stunden später hielt Karl Liebknecht seine Rede auf dem Berliner Schloßplatz: „Der Tag der Revolution ist gekommen ... Das Alte ist nicht mehr... Ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland ... Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. ... Wir müssen alle Kräfte anspannen, um ... eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens,

<sup>2</sup> <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/scheidemann/index.html> – 5.10.2007.

des Glücks, der Freiheit... unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Welrevolution auf.“<sup>3</sup>

Die Weltrevolution fand am 9. November nicht statt. Tatsächlich erlebte Deutschland im Herbst 1918 einen weitgehend friedlichen Umsturz. Warum die Weimarer Republik den 9. November gleichwohl nicht zum Ausgangspunkt einer positiven Wahrnehmung machen konnte, muß erklärt werden.

Beginnen wir mit dem europäischen Kontext. Die Matrosen in Kiel hatten am 4. November gemeutert, weil sie sich nicht hatten verheizen wollen. Frieden verlangten sie. Aber welcher Friede stand da zur Debatte? Das Dilemma Europas resultierte aus der Überlagerung ganz unterschiedlicher Konzepte?

Begonnen hatte der Krieg als ein Krieg um Einfluß, Macht und kollektive Ehre in den Jahren des Imperialismus. Statt eines kurzen aufregenden kolonialen Feldzuges hatte das militärische Ringen die Wirtschaft über Jahre belastet und mehr Menschenleben gefordert als irgendjemand zuvor erahnt hatte. Dem Sieger standen Land, Geld und symbolische Erhöhung zu. Das hatte Deutschland 1871 nach dem deutsch-französischen Krieg vorgeführt und noch einmal mit den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest 1918 verdeutlicht. Warum sollte es mit Ende des 1. Weltkrieges anders sein? Ein imperialer Krieg mündete in einen imperialen Frieden. Das war die Logik.

Freilich hatte sich der europäische Konflikt zum Weltkrieg ausgeweitet. Damit unterlag Europa neuen Zielvorstellungen und Werteordnungen. Das von Bürgerkriegen zerrüttete bolschewistische Rußland forderte sofortigen Frieden ohne Annexion und ohne Kontributionen und verkündete zugleich, daß Frieden mit „bürgerlich-nationalistischen Kräften“ unmöglich sei.

Die USA, die 1917 in den Krieg eingegriffen hatten, sahen die Ursachen der Wirren in autokratischen Traditionen und setzten deshalb durch ihren Präsidenten Woodrow Wilson auf Demokratie, Selbstbestimmung und öffentliche Friedensverträge.

Im Herbst 1918 endete daher der Krieg in einem Sprachgewirr mit unterschiedlichen Zielen und Werten.

In Deutschland stand ein Neubeginn an, soviel stand fest. Da stellte sich die Frage, wer denn Schuld sei und wer die Verantwortung übernehmen müsse.

Bis zuletzt hatte die Heeresleitung an der Illusion festgehalten, den Krieg gewinnen zu können. Am 29. September 1918 schwenkte sie plötzlich

---

<sup>3</sup> [http://www.vwv.de/01\\_gs/pdf/nov\\_1918.pdf](http://www.vwv.de/01_gs/pdf/nov_1918.pdf), S. 4.

um, verlangte die sofortige Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen mit der amerikanischen Regierung und eine Parlamentarisierung des Reiches. Offen erläuterte Ludendorff vor Offizieren am 1. Oktober 1918 die Motive seiner Politik: „Ich habe aber S.M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.“<sup>4</sup>

Das war der kümmerliche Ursprung der Dolchstoßlegende. Die Heeresführung weigerte sich, die Verantwortung für ihre Fehler zu übernehmen. Sie setzte auf die USA als Friedensstifter, obwohl doch der Krieg gegen Rußland, Frankreich und Großbritannien geführt worden war, und als Zeichen nach außen und weil sie die Niederlage der autoritären Kräfte nicht eingestehen wollte, verlangte sie, daß die demokratischen Politiker den Waffenstillstand aushandeln sollten.

Nicht einmal vor einem zweiten Dolchstoß schreckten die Militärs zurück. Um die Ehre der Flotte zu retten,<sup>5</sup> erging Ende Oktober Befehl zum Auslaufen der Schiffe. Ihre Ehre aber hatte die Admiralität längst verspielt. Die Matrosen verweigerten den Befehl und gründeten Soldatenräte, denen sich bald weitere Räte anschlossen. Das war der Beginn der Revolution, die Anfang November Berlin erreichte. Am 9. November überschlugen sich die Ereignisse. Max von Baden, ein liberale Adliger, der seit Oktober die geforderte Parlamentarisierung des Reiches auf den Weg gebracht hatte, gab zunächst in eigener Verantwortung die Abdankung des Kaisers bekannt und übertrug anschließend das Reichskanzleramt an Friedrich Ebert. Auf die Stimmung in Berlin hatte das zunächst wenig Einfluß. Aufständische zogen durch die Straßen, die einen zum Schloß, also zu Liebknecht, die anderen zum Reichstag, also zu den Mehrheitssozialdemokraten. In dieser Situation machte Philipp Scheidemann klar, wen die Sozialdemokraten für verantwortlich hielten: „Unsere Verständigungsvorschläge wurden sabotiert“, rief er der Menge zu. „Wir selbst wurden verhöhnt und verleugnet. Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen inneren Feinde, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre die Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den verbissensten

<sup>4</sup> Zitiert in: Angela Schwarz, *9. November 1918. Deutsche Revolution*, in: Dirk Blasius, Wilfried Loth (Hrsg.), *Tage deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 33.

<sup>5</sup> Admiral von Trotha an die Seekriegsleitung, 8.10.1918, in: Wolfgang Michalka u. Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Die ungeliebte Republik. Dokumentation zur Innen- und Außenpolitik Weimars, 1918-1933*, München 1980, S. 10.

Kampf gegen jede Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems, geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt.“<sup>6</sup>

Für die extreme Linke reichte die Abdankung des Kaisers und die Ausschaltung traditionaler Kräfte aus der Regierung nicht aus. Für sie gab es kein wirkliches Kriegsende ohne ein Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Stimmte somit schon die Diagnose für die Ursachen des Niedergangs nicht überein, so galt dasselbe für die Ziele der politischen Veränderung. Die autoritäre Rechte übertrug alle Verantwortung für die Kriegsniederlagen auf die demokratischen Kräfte und bereitete damit ihren Wiederaufstieg vor. Für sie war die Revolution nichts anderes als Verrat an den aristokratischen Werten Deutschlands, an Zucht und Ordnung. Die extreme Linke setzte dagegen auf die Macht der Räte und auf die soziale Revolution. Die unabhängigen Sozialdemokraten, die USPD, wollten zwar eine parlamentarische Demokratie, aber diese erst nach einer Phase der Umgestaltung. Dagegen sahen sich die Mehrheitssozialdemokraten als Konkursverwalter für den Frieden. Nur einer demokratische legitimierte Nationalversammlung hatte nach ihrer Auffassung das Recht zu politisch einschneidenden Entscheidungen. Die MSPD-Politiker hatten alles getan, um die Revolution zu verhindern, bis zur Selbstverleugnung: „Wir waren“, so Friedrich Ebert am 6. Februar 1919, „im eigentlichsten Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes. [...] Wenn der Erfolg nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Umstände, die das verhinderten, gerecht gewürdigt werden.“<sup>7</sup>

Das sozialdemokratische Projekt eines friedlichen Übergangs scheiterte, weil die parlamentarische Option von zu vielen äußeren Rahmenbedingungen abhängig war.

1. „Die moskauhörige bolschewistische Bewegung“, so hat es Fritz Stern formuliert, „hat seit 1918 das geschwächt, was vor dem Großen Krieg überall in Europa im Aufstieg war: den demokratischen Sozialismus und sein erklärtes Ziel, allen Unterprivilegierten den Genuß der demokratischen Gleichheit zu verschaffen. Mit der Schwächung des Sozialismus machte der Bolschewismus den alten etablierten Klassen ein weiteres, unschätzbbares Geschenk: Seine schiere Existenz erlaubte es der

<sup>6</sup> Philipp Scheidemann, Bericht über den 9. November 1918. ca. 1924, <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/scheidemann/index.html>.

<sup>7</sup> Zitiert in: Heinrich August Winkler, *Revolution als Konkursverwaltung. 9. November 1918. Der vorbelastete Neubeginn*, in: Johannes Willms (Hg.), *Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte*, München 1994, S. 17.

Rechten, aus der übertriebenen Angst vor dem Bolschewismus eine ihrer wirksamsten ideologischen Affen zu schmieden.“<sup>8</sup>

2. Angst hatten die Sozialdemokraten selbst. Um den Umsturzversuch der extremen Linken abzuwehren, griffen sie auf die Freikorps und die Reichswehr zurück und stärkten damit das Selbstbewußtsein der alten undemokratischen Kräfte.

3. Ein erträglicher Friede hätte das Experiment einer Koalitionsregierung von Sozialdemokraten, Zentrum und DDP bestätigt. Zwar entsprang der Versailler Vertrag einem Kompromiß und blieben die Gebietsverluste gering, aber von einer demokratischen Friedensordnung im Wilsonschen Sinne konnte man auch nicht sprechen. Die Verhandlungen fanden im Geheimen statt. Die deutsche Delegation in Paris wurde unnötigerweise gedemütigt. Die Grenzziehungen erfolgten hier und dort ohne Rücksichtnahme auf das Selbstbestimmungsrecht. Und schließlich mußte Deutschland erhebliche Reparationen zahlen, weil es am Krieg schuld sei.

So mißlang das Projekt einer konsensuellen Republikgründung, weil weder die ehemaligen Kriegsgegner noch die inneren Kräfte Interesse an einer Konsolidierung Deutschlands hatten.

„Mit der 'steckengebliebenen Revolution““, so Eberhard Kolb, „mochte sich keine der großen politischen Richtungen identifizieren.“<sup>9</sup>

1. Die Rechte agitierte gegen die „Novemberverbrecher“ und „Vaterlandsverräter“, welche die Front im Stich gelassen hätten.

2. Die Linke hetzte gegen die „verratene Revolution“ oder feierte den 9. November als Tag der „Todesstunde der Monarchie“.

3. Die demokratischen Kräfte hätten mit den ihnen vorliegenden Dokumenten beweisen können, daß Deutschland tatsächlich den Krieg maßgeblich mitverschuldet hatte. Sie trauten es sich nicht aus außenpolitischen Gründen. So begann die Weimarer Republik mit einer Lebenslüge.<sup>10</sup>

### **3. „Novemberverbrecher“ – Die verhinderte Revolution 1923: Nationalismus, Kommunismus, Faschismus**

Bis 1923 durchlebte die Weimarer Republik höchst unruhige Jahre. Mal blies die Linke zum Aufstand, mal initiierte die Rechte einen Putschversuch. Im Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, und die Reichsregierung antwortete mit Aufruf zum passiven Widerstand. Die Inflation hatte schon während des Krieges begonnen, jetzt

<sup>8</sup> Fritz Stern, *Vier Tage im November*, in: Willms (Hrsg.): *Der 9. November*, S. 85.

<sup>9</sup> Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München 1984, S. 22.

<sup>10</sup> Winkler, *Revolution als Konkursverwaltung*, in: Willms (Hrsg.), *Der 9. November*, S. 29f.

steigerte sie sich zur Hyperinflation. Statt 80 Pfennig wie 1919 kostete ein Brot Ende 1923 399 Milliarden Mark.<sup>11</sup>

Nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 war Bayern zum Tummelfeld der Rechten geworden, eine bunte Mischung aus autoritären Kräften, rechtsextremen und faschistischen Gruppen machte sich breit. Hier erlebte der 34jährige Adolf Hitler seinen Aufstieg zum erfolgreichen Agitator der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die 1923 55.000 Anhänger zählte. Freilich hatte der Erfolg auch seine Schattenseiten, denn wenn nicht schnelle Resultate vorzuweisen waren, drohte alles wieder zusammenzubrechen. Die autoritär-konservative Führung Bayerns hatte zudem ihre eigenen Pläne und drängte nach einer Intervention der Reichswehrführung zunächst einmal zur Zurückhaltung. In dieser Situation ergriff Hitler die Initiative und stürmte den Bürgerbräukeller, wo der Generalstaatskommissar von Kahr die Parteigänger der Rechten auf seinen Kurs festlegen wollte. Über die Ereignisse berichtete die Telegraphen-Union: „Der heutige Abend hat in München den Staatsumsturz gebracht. In einer ungeheuer überfüllten ... Versammlung im Saal des Bürgerbräukellers hielt der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr die angekündigte große Rede. Ehe er sie noch zu Ende geführt hatte, wurde er unterbrochen. Der Nationalsozialistenführer Hitler drang mit einem Sturmtrupp in den Saal ein, und es wurde eine Anzahl Schüsse gegen die Decke abgegeben. Es entstand ein ungeheurer Tumult, wobei Hitler erklärte, die Regierung Knilling [die bayerische Regierung – A.H.] sei gestürzt und die Nationaldiktatur ausgerufen. Heute vor fünf Jahren habe die Revolution angefangen, am heutigen Tage sei sie beendet. ... Eine deutschnationale Reichsregierung werde in München gebildet und sofort eine nationale Armee gebildet. Die Leitung der deutschen Politik übernehme er, Hitler.“<sup>12</sup>

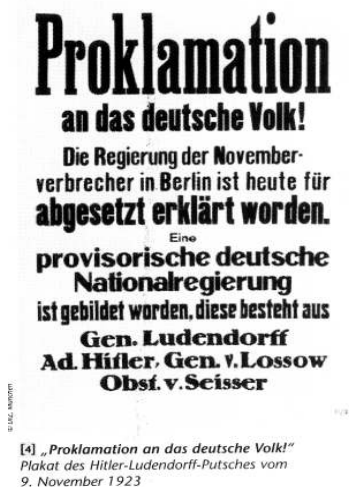
Nachdem noch in der Nacht Kahr und seine Mitstreiter aus der Enge des Bürgerbräukellers entlassen worden waren, dementierten sie alle Verlautbarungen des Abends und stellten damit die NSDAP bloß. In dieser für ihn durchaus schwierigen Lage beschloß Hitler, auf eigene Faust weiterzumachen und am 9. November mit einem Marsch auf die Feldherrnhalle die nationale Revolution auszurufen. Doch was als großer Propagandacoup geplant war, dem sich die nationalen Kräfte nicht entziehen konnten, brach für Hitler unerwartet unter den Schüssen der Landespolizei

<sup>11</sup> [www.vwv.de\\_01\\_gs\\_pdf\\_nov\\_1923.pdf](http://www.vwv.de_01_gs_pdf_nov_1923.pdf).

<sup>12</sup> Peter Longerich (Hrsg.), *Die erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates*, München 1992, S. 195 – Mitteilung der Telegraphen-Union über die Vorgänge im Bürgerbräukeller, 8.11.1923.



zusammen. Der selbsternannte Reichskanzler flüchtete desorientiert. Kurze Zeit später wurde er verhaftet.



Man kann die Münchner Ereignisse lokalgeschichtlich deuten, sie in den bayerischen Kontext stellen oder als eine für die Frühzeit der Weimarer Republik typische Episode schildern. Tatsächlich wird man dem Geschehen nur gerecht, wenn der gesamteuropäische Zusammenhang herausgearbeitet wird

Denn nicht nur die deutsche Politik strebte eine Revision der Versailler Friedensordnung an (das war vielleicht der einzige Konsens, den es in der deutschen Gesellschaft tatsächlich gab). England und die USA distanzieren sich, weil sie die Reparationsregelungen für schädlich hielten und auch sonst dem Vertragswerk kritisch gegenüberstanden. Dabei hatten sie Paris während der Friedensvertragsverhandlungen durchaus Zugeständnisse abgetrotzt. Eine europäische Hegemonie Frankreichs lehnten sie jedenfalls ab. Gerade deshalb wollte die französische Rechte, die in Paris zwischenzeitlich die Regierung stellte, jede Gelegenheit nutzen, um das ursprüngliche Ziel einer dauerhaften Schwächung Deutschlands doch noch zu erreichen.

Als die Regierung Cuno die „Erfüllungspolitik“ aussetzte und die Reparationszahlungen verringerte, besetzten 60.000 belgische und französische Soldaten das Ruhrgebiet. Berlin rief zum passiven Widerstand auf. Doch am 26. September mußte der Ruhrkampf abgebrochen werden. Es schien, als hätte Frankreich endgültig gesiegt. Im Westen, in Eschweiler, in Aachen z.B. riefen kleine Gruppen die Rheinische Republik aus, in Kaiserslautern und Landau war von einer Autonomen Pfalz die Rede, und überall erhielten die Meuterer Unterstützung durch die Besatzungstruppen.

Sachsen und Thüringen stellten Proletarische Hundertschaften auf, die die Länder vor der von Bayern erwarteten nationalen Revolution schützen sollten. Die Führung der KpdSU in Moskau rechnete fest mit einem deutschen Oktober, und bezeichnenderweise wurde die Entfesselung der bolschewistischen Revolution für den 9. November geplant.<sup>13</sup>

Tatsächlich fanden weder die Separatisten noch die Kommunisten bei der Bevölkerung Unterstützung. Das war noch wichtiger als das Eingreifen der Reichswehr und der Landespolizei. Gleichwohl ist verständlich, warum Zeitgenossen die Situation im Reich mit den Ereignissen in Italien 1922 verglichen. Vom 27. bis 31. Oktober 1922, also ziemlich genau ein Jahr vor den Novemberunruhen, hatte Mussolini seine Truppen nach Rom marschieren lassen. Polizei und Armee hatten sich auffallend zurückgehalten, und zum Schluß hatte der König Mussolini zum Ministerpräsidenten gemacht, weil die alten Eliten Mussolini als Vermittler zwischen den rivalisierenden Gruppen benötigten. Das alles war kompliziert und von außen kaum zu durchschauen. Mehr noch, Mussolini hatte nach seiner Ernennung die vor den Toren Roms wartenden, vom Regen durchnäßten faschistischen Verbände zur großen Siegesfeier gerufen, die über alle Maßen gelang. Die perfekte Inszenierung beeindruckte nicht nur Hitler und bestärkte ihn in den Glauben an die gewaltsame Machteroberung, sondern auch viele andere.

Und so gänzlich unterschiedlich war die Lage im Reich nicht. Weder die Reichswehr noch die Polizei hatten bis dahin der Rechten ernsthafte Gegenwehr geleistet. Mit seiner nationalsozialistischen Bewegung wollte Hitler nun die Initialzündung zur nationalen Revolution geben. Bereits am 5. September feuerte er seine Mitstreiter an: „Wir wollen Träger werden der Diktatur der nationalen Vernunft, der nationalen Energie, der nationalen Brutalität und Entschlossenheit. Deutschland kann nur noch durch die Tat gerettet werden, wenn durch das Reden hier dem letzten Betörten die Binde vor den Augen gerissen worden ist. Von unserer Bewegung geht die Erlösung aus, das fühlen heute schon Millionen. Das ist fast wie ein neuer religiöser Glaube geworden! Und es wird nur zwei Möglichkeiten geben: Entweder marschiert Berlin und endet in München oder München marschiert und endet in Berlin!...“<sup>14</sup>

1923 also war Europa gespalten, und alles das, was Europa politisch zu bieten hatte, spiegelte sich unmittelbar in der deutschen Innenpolitik wider: Faschismus, autoritäre Rechte, Demokratie und bolschewistische

<sup>13</sup> Karlheinz Dederke, *Reich und Republik. Deutschland 1917-1933*, Stuttgart, 5. Aufl. 1984, S. 72.

<sup>14</sup> Reder Hitlers am 5. September 1923, in: Ernst Boepfle (Hrsg.), *Adolf Hitlers Reden*, München 1934, S. 76, zitiert in: Hans-Jörg Koch, *Der 9. November in der deutschen Geschichte, 1918-1923-1938-1989*, Freiburg 1998.

Weltrevolution. Am 9. November traf alles wie in einem Brennglas aufeinander.

Politisch und wirtschaftlich überstand Deutschland die Krise in Mitteldeutschland und Bayern für viele vielleicht überraschend. „Putschversuche aus beiden extremen Lagern“ wurden 1923 abgewehrt, „die Inflation [...] durch eine Währungsreform gestoppt, die außenpolitische Konfliktlage begann sich zu entspannen“, und „zaghaft setzte eine innenpolitische Beruhigung ein.“<sup>15</sup>

Was dennoch fehlte, war ein Konsens über die Erfolge der Politik. Seit 1921 feierte die Weimarer Republik am 11. August die Unterzeichnung ihrer Verfassung, doch die Akzeptanz des Tages blieb gering, ja es gab nicht einmal eine reichsgesetzliche Grundlage. Alternativ stand der 9. November für Gedenkfeiern zur Verfügung. Wenn er überhaupt gefeiert wurde, erinnerte an ihn die radikale Linke oder die nationalsozialistische Rechte. Für die NSDAP war die Schande des 9. November 1918 durch den freiwilligen Opfertod der gefallenen Aufständischen 1923 getilgt. Die toten Kameraden symbolisierten den unvollendeten Auftrag zum Sturz der Republik ebenso wie das ungebrochene Selbstbewußtsein einer Bewegung, die alle Widerstände überwinden werde.

#### **4. „Juden“ - Die simulierte Revolution 1938: Traditionaler und rassistischer Antisemitismus**

Der 9. November 1938 verlief blutiger als 1918 und 1923. Viele Verletzte und Tote! Offiziell starben 91 Menschen, wahrscheinlich waren es viel mehr. Fast alle Synagogen wurden durch die Nazis zerstört, zahlreiche Geschäfte geplündert und Schaufensterscheiben zertrümmert. Das „Revolutions“-Schauspiel, das der Mopp vorführte, richtete sich natürlich nicht gegen die Herrschenden, die hatten ja die „Novemberverbrecher“ längst eingekerkert oder vertrieben, sondern zielte auf jenes bißchen überlieferte Wertordnung, Rest bürgerlicher Zivilisation, die den Juden nach Jahren der Verfolgung noch ein Existenzrecht sicherte. Das Reichspogrom als scheinbar kollektiver Aufstand sollte dabei die Deutschen zu Mittätern machen, ließ aber gerade dadurch die Diskrepanz zwischen traditioneller Judenfeindschaft und rassistischem Antisemitismus sichtbar war.

Ausgelöst wurde das Pogrom durch die Ermordung des Diplomaten Ernst Eduard Rath in Paris. Ein siebzehnjähriger polnischer Jude wollte vermutlich Rache nehmen, Rache an der nationalsozialistischen Judenpolitik, Rache, weil seine Eltern aus Deutschland grausam abgeschoben worden waren. Im Grunde spielte er den NS-Banden in die Hände. Die hatten seit

---

<sup>15</sup> E. Kolb, *Weimarer Republik*, S. 53f.

langem auf eine Gelegenheit zum Zuschlagen gewartet, waren immer wieder aus außenpolitischen Gründen zurückgepiffen worden. Nun aber, nach dem Münchner Abkommen, das das Sudetenland Deutschland zusprach ohne einen einzigen Gewehrschuß, gab es kein Halten mehr. Die NS-Chargen hatten sich wie immer in München getroffen, um des 9. Novembers 1938 zu gedenken. Als die Nachricht über den Tod Rathes eintraf, hielt Goebbels eine Brandrede, lobte die angeblich spontanen judenfeindlichen Aktionen, die in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt bereits angelaufen waren, meinte, die Partei werde selbst nicht aktiv werden und endete, den Volkszorn werde sie aber gewiß auch nicht unterdrücken. Die versammelten NS-Führer verstanden die Rede, so wie sie gemeint war, und gaben per Telefon ihren heimischen Büros Anweisung loszuschlagen. Der SA-Brigadeführer Starkenburg meldete: „Am 10.11.1938 3 Uhr erreichte mich folgender Befehl: 'Auf Befehl des Gruppenführers sind sofort innerhalb der Brigade 50 sämtliche jüdische Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen. - Nebenhäuser, die von arischer Bevölkerung bewohnt werden, dürfen nicht beschädigt werden. Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Meutereien oder Plünderungen sind zu unterbinden. Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr an Brigadeführer oder Dienststelle.“<sup>16</sup>



*Die zerstörte Synagoge in Nürnberg, aus: Wolfgang Benz, Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 141.*

Auf den ersten Augenschein wirkt die Reichspogromnacht wie ein rein innerdeutsches Ereignis, aber auch in diesem Fall lohnt ein Blick auf den

<sup>16</sup> 11. November 1938, Der Führer der Brigade 50 (Starkenburg), Lucke, an SA-Gruppe Kurpfalz, Mannheim, in: Walther Hofer (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945*, Frankfurt 1957, S. 291.

europäischen Kontext. Wiederholt hatten die Mächte die deutschen Gewaltaktionen toleriert, zuletzt noch beim Münchner Abkommen am 29. September 1938. Mit gewagten Interpretationen konnte man das Zugeständnis einer Abtrennung des Sudetenlandes zugunsten des Großdeutschen Reiches als legitime Revision des Versailler Vertrages begründen. Insofern machte sich noch einmal die Ausgangslage von 1918 bemerkbar. Aber selbst in der Judenpolitik wirkten die europäischen Reaktionen krisenverschärfend. Kein europäisches Land erklärte sich zur Aufnahme der bedrohten jüdischen Bevölkerung bereit. Die Schweiz kündigte eine Visumpflicht an. Die Niederlande und Belgien intensivierten ihre Grenzkontrollen. Nach dem Ende der Volksfrontregierung verschärfte die Regierung Daladier ihre Emigrations- und Ausländerpolitik. Und Großbritannien erließ administrative Maßnahmen, um ein Verbleiben jüdischer Emigranten auf der Insel zu verhindern. Auslöser für die Krise war allerdings Polen. Warschau kündigte an, alle länger als fünf Jahre im Ausland lebenden Juden ausbürgern zu wollen. Deshalb verfügte das Dritte Reich, wo immerhin 18.000 Betroffene lebten, die sofortige Abschiebung. Bis kurz vor die Grenze wurden die Menschen transportiert und dann zu Fuß in ein Niemandsland getrieben, denn auch die polnische Seite machte ihre Grenze dicht. Nur die USA erwiesen sich als vergleichsweise großzügig.<sup>17</sup>

Wenn es ein Ziel der Nazi-Führung war, die Juden spätestens 1937/38 aus Deutschland zu vertreiben, dann scheiterte das Vorhaben, weil die europäischen Nachbarstaaten sich einer Aufnahme der ihres Hab und Guts beraubten Juden verweigerten. In dieser Situation konnte ein Pogrom, so das nationalsozialistische Kalkül, die Hilfsbereitschaft erhöhen.

Daß nach den Jahren des legislativen Rassismus das Regime zur offenen Gewalt Zuflucht nahm, hatte gute Gründe: Ende 1937 bereits hatte Hitler angekündigt, er sei wild zum Krieg entschlossen. Außenpolitische Rücksichtnahme zählte deshalb kaum noch. Um die Jahreswende wurden die bürgerlichen Kooperationspartner von der Macht verdrängt (Schacht, Blomberg, Fritsch, Neurath). Seither vermittelte Hitler nicht mehr zwischen der Partei und konservativen Kräften, sondern zwischen NS-Führungsquellen, die ihre Loyalität gegenüber dem Führer mit immer radikaleren Vorschlägen und Maßnahmen demonstrieren wollten. Nur widerwillig hatten die alten Parteimitglieder in den letzten Jahren ertragen, ihren revolutionären Anspruch in Feiern und Kundgebungen auszuleben. Aus ihrer Sicht war es kein Erfolg, wenn das Sudetenland ohne einen einzigen Schuß an Deutschland gefallen war. Ihren Kampfswillen wollten sie

---

<sup>17</sup> Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 170.

demonstrieren, und es blieb ihnen dafür ein einziges Feld übrig, das Pogrom an den Juden. Nachdem die Opposition im Innern ausgeschaltet war, der bevorstehende Krieg nur mit Hilfe von Reichswehr und Industrie zu führen war, konnte die Partei sich nur noch in der Judenpolitik radikal verwirklichen.

Die Hatz freilich verlief anders, als es die Nazi-Führung in ihrem blinden antisemitischen Eifer erwartet hatte. Gewiß, hier und dort vollendeten jugendliche Eiferer das Werk der Parteigliederungen, manche Erwachsene plünderten jüdisches Eigentum, andere profitierten von dem später erzwungenen Verkauf jüdischen Besitzes. Aber in der Mehrzahl schauten die Deutschen passiv zu, gelegentlich regte sich sogar offener Protest. Mehrheitlich verachteten die Deutschen den Vandalismus der Schlägertruppen und fürchteten um das Ansehen Deutschlands. Wenn das Geschehen im Volksmund den Begriff „Reichskristallnacht“ erhielt, dann zeigte sich darin ein bezeichnender Sarkasmus, freilich auch eine erschreckende Distanz gegenüber den Opfern. Der traditionelle Antisemitismus unterstützte offenbar eine gesetzlich geregelte und verwaltungsförmig organisierte Vertreibung der Juden, mißbilligte hingegen offene Gewaltaktionen. Im Deutschlandbericht der Exil-SPD (Sopade) heißt es: „Die brutalen Maßnahmen gegen die Juden haben große Entrüstung in der Bevölkerung ausgelöst. Man äußerte sich recht offen, und viele Arier wurden deswegen verhaftet [...] Wer wird nach den Juden das nächste Opfer bringen müssen? So fragt man sich hier. Werden es die Katholiken sein? Oder wird man eine besondere allgemeine Vermögensabgabe durchführen? [...] Im ganzen [...] Gebiet herrscht große Empörung über diesen Vandalismus. [...] Aber im Volke bewirkte diese Aktion doch eine große Einschüchterung [...] Man getraute sich nicht mehr, so offen zu sprechen. Allen wurde klar: Die Nazis haben die Macht zu allem.“<sup>18</sup>

Für das Regime hielt der 9. November eine wichtige Lektion bereit. Die Judenverfolgung durfte nach außen den Anschein einer geordneten Dissoziation von Juden und Deutschen keinesfalls tangieren. Hitlers Verbalinjurien und den nationalsozialistischen Rassismus hatte die Mehrheit der Bevölkerung immer metaphorisch verstanden, daß sie bitter ernst werden sollten, überstieg das Vorstellungsvermögen und die Wahrnehmungsbereitschaft vieler. Die Vernichtungsdynamik des Regimes beruhte ja geradezu auf der Kluft zwischen pseudokonservativer

---

<sup>18</sup> *Reaktionen der Bevölkerung auf die Reichskristallnacht, November 1938. Deutschlandbericht der Sopade*, Bd. 5, 1938, S. 1205ff., aus: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik*, Bd. 1: „Volksgemeinschaft“ und *Großmachtspolitik, 1933-1939*, München 1985, S. 166.

Respektabilität nach außen und inhumaner Vernichtungsbereitschaft nach innen. Im polykratischen Führungswirrwarr der Hitlerdiktatur endete die gescheiterte Vertreibung der Juden 1941 in der Bereitschaft zahlreicher Satrapen, im eigenen und des Führers Interesse, „das Problem endgültig zu lösen“. Anders formuliert: Die sprachliche Repräsentation des Bösen und Teuflischen in der Metapher des jüdischen Parasits trieb die Jünger des nationalsozialistischen Gewaltglaubens zum zynisch-endzeitlichen reinigenden Vernichtungseifer. Der 9. November, so Hans-Ulrich Thamer „war der Zeitpunkt, in dem sich die radikalen Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung zu verselbständigen begannen, was für den Bereich der Rassen- und Judenpolitik bedeutet, daß sich die weiteren Schritte auf dem Weg zur Realisierung der Rassendoktrin noch stärker hinter dem Nebel einer bürokratischen Tarnsprache und der scheinbaren Begründung mit Notwendigkeiten der Kriegsführung vollziehen würde.“<sup>19</sup>

#### **5. „Freiheit“ - Die unerwartete Revolution 1989: Ankunft in einem gemeinsamen Europa**

Der 9. November spaltete auch nach 1945 Deutschland. Freilich, die rechtsautoritäre und die nationalsozialistische Variante des 9. Novembers hatten nun ausgedient. Insofern vereinfachte sich die Ausgangslage auf die Frage, wie ein westlich-demokratisches und ein östlich-realsozialistisches Gedenken aussehen sollte.

Im Westen regte sich die Erinnerung zunächst zaghaft. Anfangs gedachten lediglich die Synagogengemeinden und die Verbände der NS-Opfer des Pogroms 1938. Zu nah lag der nationalsozialistische Terror der Jahre 1944/45, um sich nicht selbst als Opfer zu erfahren, zu viele Trümmer der Kriegszeit waren aufzuräumen, zu sehr schmerzte die Gefangenschaft der Männer, um mit anderen Menschen Mitgefühl zu hegen. Von Führerogläubigen hatten sich die Deutschen im Selbstbild zu Mitläufern und Resistenzlern verwandelt. Erst die neonazistischen Umtriebe Ende der 50er Jahre und das Heranwachsen einer kritischen Generation rüttelten die Öffentlichkeit auf. An vielen Orten fanden in den 60er Jahren Gedenkveranstaltungen für die „Kristallnacht“ statt, wobei die Erinnerung dem Tag selbst galt, dem einmaligen Geschehen, und eine direkte Verbindung zum Holocaust noch vermieden wurde. Das änderte sich erst Ende der 70er Jahre, als die deutsche Gesellschaft ihre genozidale Vergangenheit aufarbeitete. Die KZ-Prozesse hatten das Undenkbare eingeleitet, der RAF-Terror den globalen Faschismusvorwurf desavouiert und die amerikanische Fernsehserie über den Holocaust den Tod der vielen ihrer Anonymität entrissen. Seither

---

<sup>19</sup> Ulrich Thamer, *Der Nationalsozialismus*, Stuttgart 2002, S. 224f.

symbolisiert der 9. November ein millionenfaches Verbrechen, das alles Vorhergehende überschattet, auch die Republikgründung 1918 und den Hitlerputsch 1923.

Von angemessenen gesellschaftlichen Lernprozessen ist für den Osten Deutschlands dagegen kaum zu berichten. Die Erinnerung an den 9. November wurde durch politische Vorgaben bestimmt. Den Ton setzte Ulbricht bereits 1945, als er die Reichspogromnacht vollkommen aussparte und statt dessen an 1918 erinnerte, denn allein durch die Spaltung der Arbeiterklasse sei der Faschismus möglich gewesen. Im Folgenden blieb die Erinnerung an den Novemberpogrom den wenigen jüdischen Gemeinden belassen. Sie fielen im Festgeschehen kam auf. Mehr noch, die SED adoptierte den antisemitischen und gegen Israel gerichteten sowjetischen Ton und hielt am antizionistischen Wortschatz bis Anfang der 1980er Jahre fest. Die Angriffe auf die jüdischen Kapitalisten und Imperialisten befriedigten linke und rechte Sentiments, exkulpierten die DDR von jeder Schuld und bewirkten zugleich, daß bis 1961 die meisten verbliebenen jüdischen Bewohner der DDR das Land verlassen hatten. Damit aber verlor der Raum auch die gelebte Erinnerung an die Naziverbrechen. Noch 1988 lernten DDR-Schüler im Geschichtslehrbuch für die 9. Klasse zum 9. November 1938: „Bei der 'Arisierung' der Betriebe griffen Konzerne und Großbanken kräftig zu und erwarben billig Millionenbesitze: Flick übernahm die Petscheck-Konzerne, die reiche Braunkohlevorkommen in Mitteldeutschland und im annektierten Sudetengebiet besaßen. Viele Nazifunktionäre beteiligten sich am Raubzug gegen jüdische Bürger und eigneten sich Haus- und Grundbesitz, Geschäfte und Betriebe an.“<sup>20</sup>

Die DDR fiel zusammen, weil ihr die Legitimität fehlte und sie deshalb die Menschen hatte einsperren müssen. Die soziale Aufsteigergeneration, die von der Flucht der Arrivierten in den 50er Jahren und dem anschließenden Mauerbau 1961 profitiert und die deshalb auch die Abtrennung hingenommen hatte, war inzwischen durch die andauernde Überforderung im Beruf und die Versorgungskämpfe müde geworden und schied um 1989 verbittert aus dem gesellschaftlichen Leben aus.<sup>21</sup> Für die Jungen war die DDR kein Ziel ihrer Träume, sondern ein Feld radikaler Veränderung. Weil sie ihnen verwehrt wurde, suchten viele die Gelegenheit zur Flucht. 200 DDR-Bürger reisten Anfang November 1989 stündlich über die Tschechoslowakei nach Bayern aus. In dieser Lage blieb der neuen DDR-

<sup>20</sup> Verlag Volk und Wissen, 1988, zitiert aus: Robert Ide und Martin Jander, *Geteiltes Gedenken*, in: 7.11.2004, *Der Tagesspiegel*.

<sup>21</sup> Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen*, Berlin 1991.



Führung um Egon Krenz kaum anderes übrig als ein verändertes Reisegesetz zu verabschieden. Am 9. November berichtete Günter Schabowski, ZK-Sekretär für Information, beinahe beiläufig über die beabsichtigten Neuerungen. Wann sie denn gültig seien, fragten Journalisten, und Schabowski entgegnete, nachdem er in einigen Zetteln herumgekramt hatte, mit „sofort“. „Ich konnte mir natürlich nicht vorstellen“, schrieb er später, „daß am Abend und in der Nacht der Run auf die Mauer losgehen würde. Dazu reichte meine Phantasie nicht aus.“<sup>22</sup> Die Menschen jedoch, die so lange nur von der Phantasie gelebt hatten, wollten „sofort“ sehen, was Freiheit meinte und wie der Westen damit zurecht kam. Der 9. November endete im revolutionären Freudentaumel, weil die Menschen nichts anderes wollten als spazieren gehen und eine fremde, gleichwohl vertraute, freundliche Welt kennenlernen.



*Nach dem Mauerfall in Berlin ([http://www.pohl-projekt.de/G\\_M\\_D/G\\_MD018b.jpg](http://www.pohl-projekt.de/G_M_D/G_MD018b.jpg))*

Der Herbst 1989 war nicht der erste Aufstand gegen das kommunistische Zwangsregime.<sup>23</sup> Aufbegehrt hatten die Menschen immer wieder, 1953 in der Ostzone, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1981 in Polen. Trotz der hohen politischen Kosten waren die Aufstände

<sup>22</sup> Peter Bender, *Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November*, in: Willms (Hrsg.), *Der 9. November*, S. 76.

<sup>23</sup> Bender, *Die Öffnung der Berliner Mauer*, in Willms (Hrsg.), *Der 9. November*, S. 80; Konrad H. Jarausch, *Implosion oder Selbstbefreiung? Zur Krise des Kommunismus und der Auflösung der DDR*, in Dietrich Papenfuß, Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*, Köln 2000, S. 551f.

gewaltsam niedergeschlagen worden, allerdings mit dem Versprechen, Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und die berechtigten Konsumwünsche zu befriedigen. Das hatte in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 1973 durchaus funktioniert, scheiterte aber seither an den veränderten Rahmenbedingungen.

Die realsozialistische Planwirtschaft konnte den westlichen Fordismus in ihrem eigenen gesellschaftlichen Modell abbilden, größer zwar, weniger flexibel, aber immerhin, und dementsprechend hatte sie seit 1945 bemerkenswerte Produktivitätsgewinne erwirtschaftet. Mit dem Übergang zu wissensbasierten Formen qualitativen Wachstums erwies sie sich indes überfordert, weil schöpferische Zerstörung, weltweite Vernetzung, individuelle Handlungsfreiheit und offene Kritik notwendig wurden. Der Abstand zu den kapitalistischen Staaten nahm stetig zu. Ende der 80er Jahre war mit der realsozialistischen Wirtschaft kein Staat mehr zu machen. Die DDR stand vor dem baldigen Zusammenbruch.

Verschärft wurde die Lage noch durch den von Ronald Reagan angezettelten Rüstungswettlauf, denn die Militärausgaben drohten den Konsum noch weiter einzuschränken. In dieser Situation entschloß sich Mihail Gorbatschow, der neue Generalsekretär der KPdSU, die Wirtschaft zu modernisieren. Das bedeutete nach außen eine deutliche Reduktion der Kosten für die Aufrechterhaltung des Imperiums und meinte nach Innen Umgestaltung (Perestrojka) und Offenheit der Verhältnisse (Glasnost). Der Abstand zu den westlichen Staaten ließ sich nur verringern, wenn die Sowjetunion sich der inneren Kritik öffnete, die Korruption bekämpfte und Innovationen mit westlichem Know How förderte.

Der neue Wind aus Moskau beflügelte zunächst Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen, wurde von der DDR-Führung allerdings zurecht als Bedrohung wahrgenommen. Sie hatte den Friedensdiskurs mitgetragen, in verständlicher Gegnerschaft zur Reagonschen Aufrüstungspolitik. Sie distanzierte sich aber zunehmend von den weitergehenden Vorstellungen Gorbatschows. Als der Konflikt zwischen Moskau und Ostberlin eskalierte, Ungarn und die Tschechoslowakei ihre Grenzen öffneten, brach die Herrschaft der alten SED-Kader zusammen. Die Partei war inzwischen tief gespalten zwischen realitätsfremden Greisen, neuerungsbereiten Modernisierern und enttäuschten Pragmatikern.

Ihre Legitimation erhielt die DDR allein noch durch das Festhalten am Friedensdiskurs. Indem die Opposition, die aus der Friedensbewegung hervorging, ihren Staat beim Wort nahm, friedlich protestierte, Glasnost und Perestrojka wie in der Sowjetunion einklagte und sich auf den Menschenrechtskatalog von Helsinki berief, machte sie eine Gewaltlösung unmöglich. Denn jedes Gewalthandeln hätte den Zusammenbruch der DDR

nur beschleunigt, politisch, ökonomisch, sozial. Nachdem Ungarn und die Tschechoslowakei ihre Grenze zur Bundesrepublik geöffnet hatten, konnte man die Menschen nicht länger einsperren. Die Unterdrücker wären, ohne jegliche Unterstützung von außen mit einer zerrütteten Wirtschaft in einem unwirklichen Territorium zurückgeblieben, keine tatsächlich denkbare Alternative.

Im Unterschied zu allen anderen Ländern des Ostblocks konnte sich die DDR niemals auf nationale Traditionen berufen. Ihr Überleben hing ab von der Konfrontation zwischen Ost und West. Der ostdeutsche Staat brach zusammen, als die sowjetische Schutzmacht die westeuropäische Wertordnung aufgriff und damit den Kalten Krieg beendete. Europa, das seit 1917 so tief zwischen Nationalismen verschiedener Prägung, Demokratie und Bolschewismus gespalten war, sprach zum ersten Mal ein- und dieselbe Sprache. Der Diskurs der Offenheit und Selbstbestimmung sicherte auch, daß die Systemtransformation friedlich erfolgte.



Klett, Newsletter *Geschichte / Politik, Zufall oder Schicksalstag? Der 9. November in der deutschen Geschichte*, S. 4a

Anfangs hatten die Menschen in der DDR mehr Demokratie und Freiheit gefordert. Nach dem 9. November kippte die Stimmung um.<sup>24</sup> Verantwortlich dafür waren drei Gründe:

<sup>24</sup> Bender, *Die Öffnung der Berliner Mauer*, in Willms (Hrsg.), *Der 9. November*, S. 77f.

1. Die Enthüllungen über den Zynismus, die Mißwirtschaft und das wohlgefällige Leben der DDR Bonzen zerstörte die letzten moralischen Grundlagen für einen deutschen Sonderstaat.

2. Wirtschaftlich lag die DDR vollkommen danieder, so daß ohne Hilfe von außen Jahre der Austerität zu erwarten waren.

3. Die Menschen hatten den Westen selbst in Augenschein genommen, sie waren von den „Ausbeutern“, „Kapitalisten“ und „Imperialisten“ freudig empfangen worden. Alles, was ihnen gesagt worden war, schien Lug und Trug. Nur noch den Politikern des Westens wollten sie vertrauen. Für die eigentliche DDR-Opposition war das eine bittere Lektion, die sie nur langsam akzeptierte.

„Wir sind ein Volk“ riefen die Demonstranten in Leipzig im Winter 1990. Allenfalls die USA waren auf diese Entwicklung eingestellt. Gorbatschow wollte eine reformbereite DDR, Frankreich liebte – wie es ein Bonmot formulierte - Deutschland so sehr, daß es unbedingt zwei davon haben wollte, und Margaret Thatcher hielt bis zuletzt beharrlich an ihrer Opposition gegen die Einheit fest.

Neuerlich gab es keine realen Chancen, den Prozeß aufzuhalten. Was in der DDR passierte, hatte tiefe demokratische Wurzeln. Und wie hätte der Westen gegen die Selbstbestimmung des deutschen Volkes aufbegehren können, die er während des Kalten Krieges eingefordert hatte? Auf gesellschaftlicher Ebene war Europa eine fest verwurzelte Realität. Franzosen, Belgier, Italiener, Niederländer trafen täglich mit Deutschen zusammen, hatten Vertrauen zu ihnen entwickelt. An der strukturellen Friedfertigkeit eines erweiterten Deutschlands konnte es keinen ernsten Zweifel geben. Die Öffentlichkeit in Frankreich oder England teilte jene Sorgen kaum, die Mitterand oder Thatcher umtrieben. Gorbatschow andererseits konnte damit rechnen, daß sich ein vereintes Deutschland gegenüber der Sowjetunion als dankbar erweisen werde und die Modernisierung der UdSSR unterstützte. Jeder Versuch einzugreifen, hätte dagegen nur neue Nationalismen heraufbeschworen.

Machen wir uns noch einmal die Situation des Mauerfalls deutlich: Der DDR-Friedensdiskurs hatte verhindert, daß die SED-Führung den Protest gegen Wahlfälschung und Unfreiheit ohne Umstände niederknüppelte. Der westliche Selbstbestimmungsdiskurs hinderte die Großmächte anschließend, sich der Wiedervereinigung zu widersetzen. Daß ein zivilisiertes Europa eine gemeinsame verbindliche Wertordnung voraussetzt, ist niemals so deutlich geworden wie 1989/90.

### 6. Der 9. November – ein europäischer Gedenktag

Wäre der 9. November nicht ein viel besserer Nationalfeiertag als der 3. Oktober? Im Herbst 1990 unterzeichneten wenige Politiker ein Stück Papier, das den Modus der Wiedervereinigung definierte, einzelne Vorgehensweisen beschrieb, während zuvor die Menschen ganz real und unter Lebensgefahr die Freiheit und Einheit friedlich erstritten hatten. Der 9. November, so Ernst Benda, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, „bringt besser als jeder andere Tag die Erinnerung an die dunkelsten und hellsten Tage der neueren deutschen Geschichte zum Ausdruck, dies wäre ein gutes Datum für einen nationalen Feiertag.“<sup>25</sup>



Bild aus: <http://www.pu.kielce.pl/znf/pps/prace/2006/niemiecki/druga/dachl/index.php?id=13>

Ist der 9. November tatsächlich ein guter Tag gemeinsamer Festlichkeit für die Deutschen? Man wird aus vielen Gründen zweifeln dürfen.

1. Sieht man einmal von der Frage ab, ob Nationalfeiertage überhaupt noch der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechen, so sind es Tage wie der 14. Juli in Frankreich oder der Geburtstag der Queen in England, die als Nationalfeiertage dienen, an dem das Militär aufmarschiert,

---

<sup>25</sup> *Die Zeit*, 15. Juni 1990, zitiert in: Klett, *Newsletter Geschichte/Politik, Zufall oder Schicksalstag? Der 9. November in der deutschen Geschichte*, S. 5.

Feuerwerke den Nachthimmel erhellen und zum munteren Tanz geladen wird. In diesem Sinne kann der 9. November niemals Nationalfeiertag werden.

2. Der deutsche Nationalfeiertag könnte, so ja durchaus auch der Vorschlag von Ernst Benda, still begangen werden, im Umfeld von Allerheiligen, Buß- und Betttag und Totensonntag. Aber selbst eine solche Einbettung könnte nicht verhindern, daß die Realität postmoderner Freizeitgesellschaft durchschlagen würde, der 9. November als willkommene Manövriermasse für ein verlängertes Wochenende diene oder als erfreulicher Familientag.

3. Bis heute spaltet der 9. November die deutsche Gesellschaft. Ein Nationalfeiertag würde genau dies verdecken. An die gescheiterte Novemberrevolution erinnern sich geschichtsbewußte Sozialisten, an den Hitlermarsch die extreme Rechte, die jüdischen Mitbürger erinnern an den 9. November 1938, während die Ostdeutschen dem Mauerfall Vorrang einräumen. Das Erzählen und Gegenüberstellen von ganz unterschiedlichen Geschichten, die wehrhafte Abwehr falscher Vereinnahmung ist mühsam, widersprüchlich, verbindet Traum und Alptraum miteinander, ist jedenfalls nichts Festliches.

4. In keinem Fall ist der 9. November allein ein Tag der Deutschen. Er ist sosehr ein deutscher Tag wie ein europäischer Tag. Er steht für das Scheitern der politischen Ordnung des Kontinents und für den Neuanfang nach 1945. In seiner Ambivalenz bildet er geradezu den Kontrapunkt zum 9. Mai als Europatag. (Am 9. Mai 1950 schlug Robert Schuman die Gründung einer Montanunion vor.). Wäre es daher nicht sinnvoll, den 9. November als europäischen Tag der Geschichte zu deklarieren, als Tag einer Geschichtsdarstellung, die nach den Folgen von Intoleranz fragt und jenen Voraussetzungen nachspürt, die eine Verbindung pluraler Gesellschaften möglich macht?

**Aachen**